

Bern, 2. September 2015

Medienmitteilung

Bundesrat und Parlament fehlt der Mut

Weniger Regulierungen – attraktivere Rahmenbedingungen

Der Bundesrat beschloss heute weitere Massnahmen zur administrativen Entlastung der Unternehmen. FDP. Die Liberalen begrüsst, dass Bundesrat Schneider-Ammann sich seit langer Zeit für weniger hohe Hürden einsetzt. Gleichzeitig bedauern wir, dass Regierung und Parlament wichtige Schritte in diesem Bereich meiden. Im Gegenteil: Projekte wie die Aktienrechtsrevision und Energiestrategie 2050 führen klar zu mehr Regulierungen, was der Bundesrat im Bericht zur administrativen Entlastung nun selbst einräumt.

Auch das Parlament muss sich Kritik gefallen lassen: Bereits mehrmals lehnte es einen Einheitssatz für die Mehrwertsteuer ab. Bis heute fand sich im Parlament keine Mehrheit dafür, obwohl der Bundesrat dies als eines der wichtigsten Projekte zur Dämpfung der Bürokratie angesehen hat. Die weitere Entwicklung ist offen und es bleibt vorerst beim heutigen 3-Satzmodell mit zahlreichen Ausnahmen und starker administrativer Belastung für die Unternehmen.

Mehr statt weniger Regulierungen

Wir kritisieren, dass dem Bundesrat offensichtlich der Mut für neue Wege und innovative Ideen fehlt. So fordert der Bericht keine Regulierungsbremse und erwähnt lediglich eine einzige Massnahme zur Regulierungsfolgenabschätzung, die wenig hilfreich ist. Die FDP fordert klar, dass die einmaligen sowie wiederkehrenden Kosten einer Gesetzesvorlage in einem einheitlichen Verfahren berechnet und in den Botschaften standardisiert dargestellt werden. Nur solche Schritte verhindern, dass die Regulierungskosten für die Unternehmen ins Unermessliche steigen. Diese Chance, den Standort Schweiz zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten, darf sich das Parlament nicht nochmals entgehen lassen und muss die FDP-Motion [„Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken“](#) sowie das Postulat [„Einführung einer Regulierungsbremse“](#) von NR Andrea Caroni unterstützen.

Attraktive Rahmengenbedingungen schaffen

Der Bundesrat hält klar fest, dass unter anderem die Aktienrechtsrevision, die Energiestrategie 2050 oder die Revision des Umweltschutzgesetzes neue Regulierungen vorsehen, die mehr Aufwand und höhere Kosten mit sich bringen werden. Bessere Rahmenbedingungen verlangen aber weniger Gesetze und Auflagen. Auch hier wird einmal mehr klar, dass die Landesregierung nicht an schlanken und für die Unternehmen verträglichen Rahmenbedingungen interessiert ist. Die FDP dagegen wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Wirtschaft in der Schweiz von unnötigen Regulierungen verschont wird.

Erfreulich: Ende Monat mehr Geld auf dem Konto

Im Grundsatz erfreulich, aber sehr mutlos, ist die geringe Senkung der Lohnabzüge in der Erwerbssersatzordnung (EO). Die Reduktion von 0.5% auf 0.45% entlastet Arbeitnehmer und verringert die Lohnkosten für Unternehmen, allerdings nur in geringem Ausmass. Die EO wird die Mindestreserven bald aufgebaut haben und die kommende Armeereform wird die EO weiter entlasten: Der Bundesrat hätte also allen Grund gehabt, die EO-Abzüge stärker zu senken, um die Wirtschaft ab 2016 vermehrt zu entlasten. Hierzu haben SR Karin Keller-Sutter mit ihrer [Interpellation zur Entlastung von Unternehmen und Arbeitnehmenden](#) sowie NR Ruedi Noser mit seiner [Motion zur Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern](#) Wege aufgezeigt.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen,
 - › Karin Keller-Sutter, Ständerätin, 071 244 18 84
 - › Ruedi Noser, Nationalrat, 079 500 70 44
 - › Andrea Caroni, Nationalrat, 079 688 96 50
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Aurélie Haenni, Mediensprecherin Westschweiz, 079 315 78 48
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.
